

Bericht zur Konferenz

„Integration oder Ausgrenzung in der Einwanderungsgesellschaft? Bildungspolitik und Arbeitsverhältnisse in der Kritik“

des Gesprächskreises Migration der Rosa-Luxemburg Stiftung

Die Benachteiligung von Jugendlichen mit familiärer Migrationserfahrung im Bildungswesen war in den letzten Wochen in den Medien viel diskutiertes Thema. Die enge Koppelung der sozialen Herkunft mit Bildungschancen zeigt sich in Ländervergleichen und aktuellen lokalen Untersuchungen wie dem Münchener Bildungsbericht. In den Interpretationen zogen aber selbst kritische BerichterstellerInnen, die immerhin das Drei-Gliedrige Schulsystem mit in die Verantwortung zogen, immer wieder die Konsequenz, es seien die Eltern, die ihre Kinder nicht ausreichend motivieren oder unterstützen würden. Problematisiert werden vor allem fehlende ausreichende Deutschkenntnisse oder eine unzureichende Frühförderung, die unter anderem durch einen frühen Kitabesuch gewährleistet werden sollte. Damit scheint maßgeblich der ‚Integrationswille‘ der Eltern dafür verantwortlich zu sein, ob Kinder und Jugendliche ihren Platz in Bildungseinrichtungen und auf dem Arbeitsmarkt finden. Welchen Platz ihnen aber überhaupt zugebilligt wird und welche strukturellen Barrieren sie dafür überwinden müssen, wird in der Regel nicht gefragt.

Ganz anders diskutiert wurde am 3. Juli auf der Konferenz „Integration oder Ausgrenzung in der Einwanderungsgesellschaft? Bildungspolitik und Arbeitsverhältnisse in der Kritik“ des ‚Gesprächskreises Migration‘ der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die von den Mitarbeitern und Unterstützern des Bochumer Büros der LINKS-Partei von Sevim Dagdelen tatkräftig unterstützt wurde. In der Jahrhunderthalle in Bochum trotzen rund 40 TeilnehmerInnen hochsommerlichen Temperaturen und dem – mit gemischten Gefühlen – erwarteten Fußballspiel und beteiligten sich kontinuierlich engagiert an der kritischen Diskussion des Integrationsbegriffs und den Bildungschancen in der Bundesrepublik. In fünf Stunden stellten sieben Referent/innen mit sehr unterschiedlichen Zugängen und Perspektiven ausführlich dar, dass die Chancen für Kinder und Jugendliche mit familiärer Migrationserfahrung im Ausbildungssektor und Arbeitsmarkt strukturell behindert sind und Antworten nur sehr begrenzt auf einer individuellen Ebene gefunden werden können.

Entgegen den herrschenden Erklärungsmodellen wurde in den drei Panels der Blick explizit auf institutionelle, dem Problem zu Grunde liegende Ausschluss- und Abwertungsmechanismen gelegt, deren Analyse und Veränderung überhaupt erst die Voraussetzung dafür wäre, Betroffenen und Institutionsvertreter/innen andere Handlungsoptionen aufzuzeigen und gesamtgesellschaftlich umsetzbar zu machen. Die Problematik, dass Integration in der Bundesrepublik immer noch als zu erbringende Leistung der MigrantInnen und nicht als Querschnittsaufgabe einer Gesellschaft verstanden wird, wurde dabei ausführlich beleuchtet.

Einfache und einheitliche Lösungen konnten demnach nicht ohne weiteres gefunden werden, es wurden jedoch Ansatzpunkte deutlich, deren Berücksichtigung notwendig sind um die

Einwanderungsgesellschaft der Bundesrepublik weniger rassistisch selektierend und chancengerechter zu gestalten.

Tobias Pieper moderierte die Veranstaltung für den Gesprächskreis Migration. In seinem kurzen Einleitungsreferat skizzierte er die Frage nach der Definition einer erfolgreichen Integration als einen der Kernpunkte in der Debatte um strukturelle Benachteiligung und Ausgrenzung. Während die Bundesregierung, im Einklang mit breiten Teilen der Bevölkerung, Integration als Verpflichtung der Betroffenen ansieht sich an die herrschenden Bedingungen anzupassen, wird sie ihnen rechtlich im Bezug auf StaatsbürgerInnenschaft und gesicherte Aufenthaltstitel verweigert. Damit bleiben viele Menschen und auch hiergeborenen Kinder jedoch in einem Interimszustand, ohne volle rechtliche, ökonomische und gesellschaftliche Teilhabe, was ihnen jedoch – bei Ausblendung der realen Bedingungen – im Umkehrschluss als Verweigerung ausgelegt und mit kulturellen Fremdzuschreibungen begründet wird.

Kämpfe und Widerstandsstrategien, auch in Form der Nichtanerkennung geforderter Verhaltensmuster, werden gesamtgesellschaftlich weder in ihren Ursachen analysiert noch diskutiert und stattdessen als Angriff auf eine Gesellschaft gelesen, die doch angeblich alle Wege zur Integration frei mache, würden die Betroffenen nur wollen. Völlig ausgeklammert wird zudem laut Tobias Pieper in der Diskussion die Rolle des kapitalistischen Wirtschaftsystems. Indem die Frage von verminderten Chancen und fehlender Beteiligung auf dem Arbeitsmarkt als Integrationsfrage gestellt wird, geraten spezifische Ausgrenzungsmechanismen in ihrer Funktionalität für die kapitalistische Arbeitsorganisation aus dem Blickfeld und werden als Versagen der Einzelnen verschleiert. Mit dieser Verortung eröffnete Tobias Pieper das erste Panel zur

„Bildungsbenachteiligung von Einwanderer/innen“

Toan Ngyuyen (Diplom-Pädagoge, Promovent und freischaffender Trainer) konkretisierte in seinem Vortrag „Institutionelle Diskriminierung von migrantischen Jugendlichen – Blickpunkt Schule“ die strukturellen Hürden, denen Kinder und Jugendliche in der Institution von Anfang an begegnen und die die Funktion von Schule als Ort sozialer Selektion mitdefinieren.

Anhand der von ihm im Rahmen seiner Dissertation geführter Interviews mit ‚People Of Color‘ Jugendlichen sowie aktueller Studien (Bielefeld, PISA, IGLU), verdeutlichte Toan Ngyuyen die unterschiedlichen Ebenen von Diskriminierungserfahrungen, denen die Betroffenen ausgesetzt sind. Dabei betonte er vor allem auch die Wechselwirkung zwischen institutioneller und individueller Diskriminierungserfahrung: Während einerseits ein reduzierter Zugang zu sozialen, ökonomischen, kulturellen und gesellschaftlichen Ressourcen die Handlungsmöglichkeiten der Betroffenen strukturell einschränke, müsse zudem durch individuell erlebte Ausgrenzung und verweigerter Anerkennung gefragt werden, wie die

Betroffenen unter diesen Bedingungen Gesellschaft und Demokratie erleben (können) und welche Konsequenzen sie für sich daraus ziehen.

Am Beispiel der Institution Schule als zentralen Ort der Weichenstellung für die weiteren Möglichkeiten der Jugendlichen, wies er in Zahlen und den Interviews nach, dass ‚Migration‘ als Faktor für Benachteiligung gesehen werden muss. Dabei wirken auch hier die Ebenen direkter und indirekter institutioneller Diskriminierung zusammen. Toan Ngyuyen explizierte, dass neben strukturell diskriminierenden Regeln und Normsetzungen, denen sich die Jugendlichen ausgesetzt sehen, sie sich auch mit direkten, intentionalen Verhaltensweisen der Beschäftigten und MitschülerInnen auseinandersetzen müssen, die ihnen vermitteln, dass sie aus einer gesetzten ‚Mehrheit‘ herausfallen. Möglich werden diese Erfahrungen durch die Funktion von Schule als Ort „sozialer Selektion, Distinktion und Repräsentation“, die sich ‚People Of Color‘ Jugendlichen vor allem als Ort der Ausblendung ihrer Erfahrungen, Zugängen und Definitionen jenseits der angenommenen Mehrheit präsentiert.

Toan Ngyuyen betonte abschließend, dass die Frage, wer zu welcher Form von welcher Bildung Zugang erhält und dort von wem welche Inhalte vermittelt bekommt, konkrete Konsequenzen auf die Möglichkeit zur positiven gesamtgesellschaftlichen Verortung der Betroffenen hat und damit für eine emanzipatorische Schulentwicklung dringende Aufgabe sein sollte.

In der anschließenden Diskussion bestätigten Teilnehmerinnen der Veranstaltung die von Toan Ngyuyen skizzierten Mechanismen anhand der von ihnen gemachten Erfahrungen mit dem deutschen Bildungssystem und betonten die (negative) Wirksamkeit von Schule als hierarchischem und tendenziell rassistischem System, was unabhängig davon wirke, ob Kinder/Jugendliche eigene Migrationserfahrungen gemacht hätten oder in der 2. oder 3. Generation hier leben würden.

Die Frage, inwieweit das Schulsystem aber wirklich demokratisiert ist und ob dem nicht kapitalistische Interessen entgegenstehen, die eine wirkliche Veränderung und ein Umdenken der Beteiligten nicht zulassen werden, konnte jedoch nicht mehr umfassend diskutiert werden.

Susanne Spindler (Professorin für Interkulturalität, Jugendarbeit und Sozialraum an der Hochschule Darmstadt) setzte in ihrem Vortrag „Alternative Bildungsformen in heterogenen Gesellschaften“ noch grundlegender an der Frage an, inwieweit nicht eine Demokratisierung, sondern vielmehr eine Neuorientierung des gesamten Schulsystems an der Prämisse der Anerkennung der Heterogenität der Gesellschaft notwendig ist.

Als Voraussetzung für veränderte Lern- und Lebensbedingungen, richtete sie den Blick auf das Konzept der Homogenität, das im deutschen Bildungssystem maßgeblich sowohl die Planung, Ausgestaltung und auch die Einstellung vom Lehrpersonal prägt. Während einerseits gleiche Bildungschancen für alle angestrebt sind und die Summe aller SchülerInnen dahingehend als homogen in Interessen und Möglichkeiten betrachtet wird, zeigt sich an der Zuweisung zu den unterschiedlichen Schulformen und deren

Lehrplangestaltung sowie der Benotung der SchülerInnen die ständige Tendenz zur Differenzierung und damit zur Heterogenisierung der Kategorie ‚SchülerIn‘.

Scheinbar findet dies im Interesse der SchülerInnen statt, da die Differenzierung unter den SchülerInnen eine Einteilung in homogene Lerngruppen möglich machen soll, was damit begründet wird, das so ein optimales Lernklima für alle entstehe.

Dagegen wies Susanne Spindler nach, dass die Differenzierungskriterien keineswegs scheinbar neutral auf der Notenebene stattfinden, sondern vielmehr aus der Klassenzugehörigkeit und Schichtspezifika resultieren. Dieser Zustand werde keineswegs kritisiert, führte sie aus, sondern im Gegenteil werde er auch explizit gewünscht, wie u.a. eine Untersuchung mit LehrerInnen aus Berlin und Brandenburg aus dem Jahr 2004 belegt. Die Homogenität einer Lerngruppe wird somit viel mehr als Einheitlichkeit des Elternhauses im Bezug auf Bildungszugang und soziokulturellem Hintergrund definiert – innerhalb dieser Gruppen darf das ‚Leistungsniveau‘ dann auch unterschiedlich sein.

Ihre Forderung, Bildung müsse ein Selbstzweck werden und allen SchülerInnen – unabhängig von Status und soziokulturellem Hintergrund – die Möglichkeit zur freien Entfaltung und Selbstentwicklung bieten, verdeutlichte sie an einem Praxisbeispiel anhand einer Filmdokumentation einer Schulkonzeption in Stockholm/Schweden. Deutlich wurde daran zum einen die dringende Notwendigkeit einer anderen Definition von Schule, die Heterogenität schätzt und sich an den Realitäten der SchülerInnen orientiert statt an einer konstruierten ‚Mehrheitsposition‘, der sich angepasst werden müsse. Die Förderung der Elternsprache, Lehrpersonal mit doppeltem kulturellem Hintergrund und die hohe Anzahl von SchülerInnen mit verschiedensten Nationalitäten, die mit unterschiedlichsten (Projekt-)Methoden und reduziertem Notendruck gemeinsam lernen, zeigen, dass ein anderer Anspruch an Schule und die Bewertung von Heterogenität als Ressource in der Praxis für die betroffenen SchülerInnen ganz andere Möglichkeiten innerhalb der Institution und in ihrem weiteren Leben eröffnet.

Dafür ist aber auch eine bildungspolitische Umdenken notwendig, das Einwanderung und Migration als Chance und Aufgabe versteht und nicht als Problem. Die finanzielle Förderung von Unterstützungsangeboten und Sprachunterricht (der alten und der neuen), die Ausstattung der Schulen mit entsprechendem Personal und mit Räumen, in denen gelernt und gelehrt werden möchte, sind dabei nur einige der Indikatoren, dass politisch eine Veränderung der schulischen Situation von Kindern/Jugendlichen mit Migrationserfahrung in der Familie wirklich gewollt ist. Dass es aber durchaus machbar ist, dokumentierte Susanne Spindler in ihrem Beitrag eindrucksvoll.

Die anschließende Diskussion war vor allem von dem Skeptizismus der Teilnehmerinnen geprägt, inwieweit es wirklich in der Bundesrepublik ein Interesse an einer Chancengleichheit und Förderung aller Kinder und Jugendlicher gäbe. Neben dem Problem der selektierenden Grundstruktur von Schule innerhalb kapitalistischer Interessensverhältnisse, wurde auch gesehen, dass es innerhalb dieser Verhältnisse gerade von den Privilegierten durchaus ein Interesse gibt, den Status Quo zu erhalten, was als Sorge – wie das aktuelle Scheitern der Hamburger Schulreform am Mittelstand belegt - plausibel erscheint. Somit befürchteten die

DiskussionsteilnehmerInnen neben fehlendem politischen Willen und dementsprechend fehlender ökonomischer Förderung auch Widerstand aus Teilen der Bevölkerung.

Susanne Spindler stimmte manchem zu, hielt aber entgegen, dass der Kapitalismus weniger glatt und planbar funktioniere und immer wieder Widersprüche auftreten – wie beispielsweise der erhöhte Bedarf an gut ausgebildeten jungen Menschen – die eine Linke sich zu Nutzen machen kann um eigene Forderungen durchzusetzen oder zumindest diskursiv zu intervenieren. Dem schloss sich auch Toan Ngyuyen an und erklärte abschließend, dass es durchaus einen Bedarf an Utopien gibt und dass zumindest der Versuch einer Veränderung der Situation notwendig ist. Dem konnte und wollte niemand widersprechen.

Die anschließende Mittagspause war überschattet durch ein gutes Beispiel der Probleme fälschlich konstruierter Homogenität: Die angebotene Currywurst des Haus-Catering-Services war sowohl für einen Teil der migrantischen als auch für alle vegetarischen/veganen TeilnehmerInnen keine Option. Dennoch blieb die Stimmung gut und die Zeit wurde rege zum Austausch genutzt: Unter anderem wurde die Frage ob der ‚neue Patriotismus‘ der WM emanzipatorisches Potential für eine Einwanderungsgesellschaft hat, weil nun alle Fahnen schwingen können andiskutiert. Andere nutzten die Zeit um sich beim Linken Büchertisch mit weiteren Informationen einzudecken oder informierten sich bei der kleinen Ausstellung über die erschreckenden Zustände der politischen Verfolgung im Iran.

„Arbeitswelten von EinwandererInnen“

Mit dem zweiten Panel wurde der Fokus auf die Konsequenzen der deutschen Bildungspolitik gelegt. Christian Manger und Hüseyin Aydin analysierten die Situation von MigrantInnen sowohl im Ausbildungssektor als auch im akademischen Feld und trugen somit je einen spezifischen Blickwinkel auf die Konsequenzen der strukturellen Ausgrenzung bei.

Christian Manger (Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Würzburg, Forschung zu Arbeitsmarktökonomik, Makroökonomik und Wachstumstheorie) konzentrierte sich in seinem Beitrag „Diskriminierung von Arbeitssuchenden mit Migrationshintergrund in Deutschland – eine Fallstudie“ auf die Situation von Menschen mit Migrationshintergrund an Fachhochschulen und Universitäten. Im Verweis auf die ausführlich dargestellten strukturellen Benachteiligungen im Bildungssystem verwies er auf die insgesamt erschwerte Möglichkeit Zugang zu sogenannter ‚Höherer Bildung‘ zu erlangen und das obwohl man von einem Fünftel der Bevölkerung spreche (19% der bundesdeutschen Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund). Während aber in den Medien meist über HauptschülerInnen gesprochen wird, führte Christian Manger, zusammen mit Leo Kaas an der Universität Konstanz von 2007 bis 2009 eine Studie zu ‚Ethnic Discrimination in Germany’s Labour Market: A Field Experiment“ durch, die sich mit der strukturellen Benachteiligung von AkademikerInnen mit Migrationshintergrund auf dem deutschen Arbeitsmarkt beschäftigt.

Diese Studie stellte Christian Manger in seinem Vortrag vor. Er beschrieb, wie sie mit ihren Studierenden in einem Feldversuch über 1000 Bewerbungen auf Praktikumsstellen für Wirtschaftsstudenten verschickten, bei denen stets dieselbe Vorlage verwendet wurde, jedoch mit jeweils Klischeehaft ‚deutsch‘ bzw. ‚türkisch‘ klingenden Namen und Bildern, die keine direkten Rückschlüsse zu ließen. Alle Bewerber wurden als in der Bundesrepublik geboren, deutsche ‚Muttersprachler‘ und gleich qualifiziert beschrieben. Die einzige Zusatzdifferenzierung bestand darin, dass bei einem Teil der konstruierten Bewerbungen zusätzlich Arbeitszeugnisse und Bewertungen mit abgegeben wurden.

Die Studie kam zu dem Ergebnis, dass die Chancen für Bewerber mit ‚türkischem‘ Namen bei gleicher Qualifikation prozentual schlechter sind überhaupt eine Antwort im Sinne einer Interessensbekundung zu erhalten. Sie sinken zusätzlich bei kleinen Unternehmen, bei denen – so die Vermutung der Autoren - die Bewerbungsverfahren weniger standardisiert sind. Eingeschränkt wurde diese Feststellung einer vorhandenen strukturellen Diskriminierung nur durch die Zusatzanalyse der Fälle, bei denen Arbeitszeugnisse abgegeben wurden: Hier glichen sich die Zahlen an.

Dementsprechend ist eine der Schlussfolgerungen der Studie, Menschen mit Migrationshintergrund könnten die Ergebnisse dergestalt nutzen, besonders detailreiche Bewerbungen zu verschicken um potentiellen Vorurteilen von vorne herein weniger Raum zu lassen und mit den eigenen Potentialen zu überzeugen. Auf der strukturellen Ebene erhoffte sich Christian Manger zudem ein langfristiges Umdenken bei den betroffenen Firmen/Betrieben, wenn ihnen deutlich wird, dass sie sich selbst um qualifizierte MitarbeiterInnen bringen.

Die anschließende Diskussion war recht kontrovers. Das von Christian Manger angesprochene Problem der Studie, dass viele Jugendliche mit Migrationshintergrund gar nicht so weit kommen, wurde von den TeilnehmerInnen ergänzt um die Feststellung, dass auch zusätzliche Arbeitszeugnisse und Praktika erst einmal ‚erkämpft‘ sein wollen und das unter wahrscheinlich ähnlichen strukturell erschwerten Bedingungen, wie sie in der Studie offen gelegt wurden. Damit wäre der praktische Nutzen dieser Empfehlung schon massiv begrenzt.

Unterschiedliche Positionen gab es auch dazu, inwieweit ein derartiges Umdenken bei den Unternehmen wirklich wahrscheinlich sei und ob sie nicht eher von (auch rassistischer) Konkurrenz profitieren würden um sich insgesamt angepasste und ‚anspruchlose‘ Angestellte und PraktikantInnen zu sichern. Ob der Diversity-Ansatz hier vermittelnd angewandt werden könne, wurde in den Raum gestellt. Die Gretchenfrage bestand jedoch vor allem darin, ob es überhaupt Sinn und Zweck solcher Untersuchungen sein sollte/könne, an die Unternehmen zu appellieren, rassistische Kriterien aus ökonomischen Überlegungen zu unterlassen.

Letztlich konnte sich aber geeinigt werden, dass nicht alle TeilnehmerInnen vor dem gleichen Hintergrund argumentieren und arbeiten und dass es auf jeden Fall der Verdienst der Studie und ihrer Verfasser ist, dass anhand der systematischen Erfassung und Analyse von

„Einzelfällen“ das rassistische Strukturmoment erkennbar und damit auch belegbar geworden ist.

Hüsein Aydin (Politischer Sekretär des Vorstandes der IG Metall) griff in einem Vortrag „Teilhabe durch Bildung, Aus- und Weiterbildung, Integration in den Arbeitsmarkt“ die These aus der Veranstaltungseinladung auf, dass das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht Schuld an der Situation von MigrantInnen und Menschen mit Migrationshintergrund in der Bundesrepublik sei.

Dem hielt er entgegen, dass auch bei einem anderen Einbürgerungsgesetz die gesellschaftliche Teilhabe bei den real vorhandenen strukturellen Diskriminierungen nicht zwangsläufig eine andere wäre. Auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich das für ihn besonders deutlich an der Situation von Jugendlichen in Ballungsgebieten, bei denen zum Teil über 50% keinerlei Ausbildung haben und die auch von den Gewerkschaften allein gelassen werden. Da sie hier geboren sind und deutsch sprechen, werde von ihnen erwartet, sich selbstständig in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Wem das nicht gelänge, dem/der wird dies allein zur Last gelegt, auch von Seiten der Politik und VertreterInnen von Hilfsangeboten. Ausgeklammert werden dabei die Diskriminierungserfahrungen der Jugendlichen, mit denen sie im Alltag zu kämpfen haben. Er verdeutlicht dies an Untersuchungen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund im Schnitt 17 Monate brauchen um eine Lehrstelle zu finden, während andere im Durchschnitt nur 3 Monate bräuchten. Die politische Brisanz der verweigerten Analyse der Ursachen und Unterstützung sieht Hüsein Aydin vor allem auch darin, dass damit das Feld wenig emanzipatorischen Kräften überlassen werde, was langfristig zu einer Antidemokratisierung der Jugendlichen/jungen Erwachsenen führe.

Aber auch auf der wirtschaftlichen Ebene schädigt sich das System mit der Ignoranz der migrationspolitischen Aspekte des Arbeitsmarktes. Die überall präsente Diskussion um den Fachkräftemangel könnte durchaus anders geführt werden, wenn die Jugendlichen aufgefangen und gefördert werden würden, war sich Hüsein Aydin sicher.

Konkret forderte er eine kritische Analyse der Bedingungen, die bereits mit dem Konzept der Hauptschule als „Ausländerschule“ beginnen müsse. Die Situation hat sich seiner Analyse nach in den letzten Jahrzehnten massiv verschlechtert und innerhalb der momentanen Situation sind besondere Programme für Jugendliche mit Migrationshintergrund zwingend notwendig, da die Kluft zu ihren AltersgenossInnen schon zu hoch sei. Eine besonders Augenmerk muss dabei auch auf die Situation von Mädchen/jungen Frauen gelegt werden.

Für eine gewerkschaftliche, aber auch gesamtgesellschaftliche Perspektive fordert Hüsein Aydin die Verbesserung der Schnittstelle Schule/Ausbildung/Beruf, die anders organisiert werden muss. Ein mögliches Beispiel sind dabei berufsbegleitende Strukturen für Jugendlichen, die ihnen ernsthafte Angebote und Perspektiven bieten. Diskriminierung hingegen muss gesetzlich auf allen Ebenen verboten werden, was jedoch auch eine stärkere Mitbestimmung innerhalb der Betriebe notwendig macht, damit dies überhaupt umgesetzt und thematisiert werden kann. Hier sah er auch durchaus in den bestehenden Regelungen der Betriebsmitverwaltung jetzt schon Möglichkeiten.

Die Umsetzbarkeit seiner Überlegungen sieht Hüsein Aydin auf der politischen Ebene: Da Mittelkürzungen gerade in denen von ihm benannten Bereichen an der Tagesordnung sind, ist gesellschaftspolitischer Widerspruch notwendig, der aber ohne konkrete Aktionen und Projekte für die Betroffenen ins Leere laufen würde.

Abschließend wurden die Ergebnisse des Panels noch einmal zusammen diskutiert und Hüsein Aydin unterstrich die Relevanz gerade für Jugendliche mit Migrationshintergrund an Konzept von Ausbildungen als Möglichkeit zur gesicherten, gesellschaftlichen Teilhabe auch gegen vorhandene Stimmen festzuhalten. Einbezogen werden müssten aber auch Organisationen wie Wandergewerkschaft oder Kämpfe von illegalisierten ArbeitnehmerInnen, um den pluralistischen Formen von Lohnarbeit von Menschen mit Migrationshintergrund gerecht zu werden.

Ob Quotenregelungen, wie im öffentlichen Dienst in Berlin, Rassismus stärken würden oder eine Möglichkeit von vielen seien, wurde nicht eindeutig zu Ende diskutiert. Hüsein Aydin wies jedoch darauf hin, dass die beim Vortrag von Christian Manger andiskutierte Problemlage auch hier relevant werde, weil ein ‚Vorzug bei gleicher Leistung‘ für die Betroffenen strukturell nur schwer zu erreichen sei.

„Gegen- und Widerstandsstrategien gegen die Diskriminierung“

Das letzte Podium stand vor allem unter zeitlichem Druck. Ursprünglich angesetzt bis 16:30h, war vorab entschieden worden, das Schauen des Viertelfinale -Spiels der WM den Interessierten möglich zu machen und damit bereits um 16 Uhr zu enden. Die drei ReferentInnen - Merfin Demir, als Vertreter einer SelbstEmpowerment-Jugendorgansiation, Sevim Dagdelen als Bundestagsabgeordnete der LINKEN und Kien Ngi Ha mit seiner historisch-kritischen Analyse bundesdeutscher „Integrationsmaßnahmen“ - die unterschiedliche Formen der politischen Interventionsmöglichkeiten verkörperten, mussten demnach ihre Inputs deutlich raffen.

Merfin Demir (Referent für Weiterbildung und Bundesjugendvernetzung bei der ‚Interkulturellen Jugendselfstorganisation von Roma und Nichtroma Amaro Drom e.V.) explizierte in seinem Vortrag „Vertrieben und Entrechtet – Aktuelle Situation der Roma und Empowermentstratgien“ die besondere Situation der jugendlichen Roma und ihrer organisierten Strategien ihre Situation zu verbessern.

Er verwies einleitend noch einmal darauf, dass die Ursachen von Migration für die Betroffenen immer existentieller Natur sind und dass die Menschen in ihrem Wunsch nach einem besseren oder sichereren Leben dazu gezwungen werden. Die über 10 Millionen Sinti und Roma sind dabei keine Randgruppe, aber in den jeweiligen Herkunftsländern spezifischen Verfolgungen ausgesetzt, wie in den 90er Jahren im Kosovo oder heute beispielsweise in Ungarn und Rumänien. Ihre Situation wird jedoch meistens nicht beachtet

oder als spezifische Verfolgung und Diskriminierung anerkannt. In der Bundesrepublik sind über 33.000 Menschen von der Abschiebung bedroht und alle rassistischen Sondergesetzen unterworfen.

Der Ansatz der Jugendorganisation von Amaro Drom e.V. ist die überparteiliche Selbstorganisation, über alle politischen Differenzierungen hinweg. Der Versuch, sich selbst zu ermächtigen, die eigene Initiative zu stärken und ein anderes Selbstwertgefühl zu entwickeln, soll laut Merfin Demir aber gemeinsam mit anderen geschehen. Neben der bundesweiten und internationalen Vernetzung geschieht dies auch mit Nicht-Roma-Organisationen und mündet in gemeinsamen Kampagnen wie „Alle bleiben“. Die spezifische Situation von Jugendlichen als eigene Gruppe soll dabei besonders berücksichtigt werden und damit wahrnehm- und veränderbar werden. Dabei stehen für sie sowohl die Selbstorganisation als auch die konzeptionelle Beratung von Jugendtreffs und ähnlichem im Vordergrund der Arbeit.

Kien Nghi Ha (Dr. phil. Kultur- und Politikwissenschaftler) wählte mit seinem Vortrag über die „Integrationspolitik als Sicherung der deutschen Dominanzkultur und kulturellen Diskriminierung von postkolonialer MigrantInnen“ einen historisch-analytischen Ansatz mit hoher politischer Relevanz.

Er griff die in den vorhergehenden Vorträgen bereits angesprochenen tendenziell rassistischen Merkmale der bundesdeutschen Gesetzes- und Gesellschaftsstrukturierung auf und konkretisierte sie als Ausdruck kolonialer Muster, die weder überwunden noch in der Tendenz geändert werden sollten und die historisch-analytisch untersucht werden müssen, um die bundesdeutsche Integrationspolitik in ihrer Werdung zu verstehen.

„Ausländerpolitik“ steht für ihn in der Bundesrepublik immer unter dem Credo der ‚Zwangsanpassung‘ der MigrantInnen, die eigentlich nicht gewollt sind und bei denen keinerlei positives Potential gesehen wird. Diese Haltung strukturiert die Gesetzgebung und die dafür notwendigen rassistischen Diskurse im Alltagsdenken und in der Politik.

Selbst die erzwungene Anerkennung der Bundesrepublik als Einwanderungsland hat für Kien Nghi Ha lediglich zu einer Flexibilisierung des Konzeptes geführt: Auch wenn „Ausländerpolitik“ nun „Integrationspolitik“ heiße, bleiben die Menschen vor allem nur so lange geduldet, bis ihre „Nützlichkeit“ sich erschöpft hat. Ein Wandel der Gesellschaft durch die in ihr lebenden Menschen ist dabei weder vorgesehen noch gewollt. Am Beispiel der Integrationskurse verdeutlichte Kien Nghi Ha, wie in scheinbar gar nicht so beutenden Festlegungen der bundesdeutschen „Ausländergesetzgebung“ die von ihm skizzierte Grundhaltung des Festhaltens an einer deutschen Dominanzkultur aufrecht erhalten wird, bei gleichzeitiger pauschaler Diskreditierung und Stigmatisierung der betroffenen MigrantInnen, individuell und als ganze Gruppe.

Schon die Tatsache, dass MigrantInnen gezwungen werden, etwas zu lernen, widerspricht eigentlich dem Recht auf einer freien Entfaltung der Persönlichkeit des §2 des Grundgesetzes und stigmatisiert sie als potentiell gefährlich (da sie überhaupt gezwungen werden müssen)

und nicht mündig (da sonst nur minderjährige SchülerInnen gegen ihren Willen zum Lernen gezwungen werden). Kien Nghi Ha präzisierte weiter, dass die zu beweisende Adaptionsfähigkeiten der MigrantInnen erst dazu dient, eine homogene deutsche Mehrheitskultur zu schaffen und damit neue rassistische Stereotype produziert oder alte stärkt, da die MigrantInnen die nun deklarierten und erklärten Tugenden scheinbar kollektiv erst lernen müssen, während sie bei Deutschen Mehrheitskonsens sei.

Verschärft wird diese konstituierende Moment einer sich abgrenzenden nationalen Identität durch die grundsätzliche Verknüpfung mit ‚ausländerrechtlichen‘ Sanktionen bis hin zur Abschiebung, die deutlich macht, dass es um Ausgrenzung und nicht um Einbindung geht.

Auf Grund der Zeitknappheit musste der Vortrag an dieser Stelle leider abgebrochen werden und konnte nicht weiter diskutiert werden – die Notwendigkeit, Instrumentarien der ‚Integrationspolitik‘ auf die dahinter stehenden Konzepte in ihrer historischen Werdung zu überprüfen um bestimmte Kontinuitäten und Funktionalitäten rassistischer Muster aufzudecken und angreifbar zu machen, wurde jedoch deutlich.

Sevim Dagdelen (Abgeordnete für die Partei die LINKE im Bundestag) griff den Nützlichkeitsdiskurs in der deutschen ‚Integrationspolitik‘ in ihrem Vortrag „Linke Integrationspolitik als soziale Frage“ noch einmal auf, den sie als einen der Indikatoren für die Widersprüchlichkeit staatlicher und wirtschaftlicher Interessen in der Migrationspolitik der Bundesrepublik kennzeichnete.

Davon ausgehend, dass die Situation von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Ausbildungs- und Arbeitsmarkt eben weder ‚Schicksal‘ noch selbstproduziert ist, erklärte sie die deutsche Politik und Gesetzgebung als maßgeblich dafür verantwortlich. Das Aufkommen des Nützlichkeitsdiskurses fällt für sie mit der faktischen Abschaffung des Asylrechts zusammen, wobei zentral ist, dass auch hier nationalistische und rassistische politische Abschottungsbestrebungen immer wieder mit wirtschaftlichen Interessen kollidieren. Dabei entstehen durch Arbeitsmarktanforderungen „Selektionslücken“ mit Konsequenzen wie der ‚Blue Card‘ und politische Entspannungsmomente, die aber nicht darüber hinwegtäuschen dürfen, dass politisches Ziel immer die Abschottung, wie durch die ‚Mobilitätspartnerschaften‘ auch und gerade an den Europäischen Außengrenzen bleibt. Trauriges Fazit war dabei in der Analyse, dass weder Menschenrechte noch Humanität je Kennzeichen der bundesdeutschen Migrationspolitik waren oder sind.

Für eine linke Partei sieht Sevim Dagdelen vor allem Handlungsbedarf in der klaren Benennung von Ursache und Wirkung. Statt kulturalisierenden oder individualisierenden Erklärungsmustern ideologisch aufzusitzen, muss es politisches Ziel sein, die sozialen Rahmenbedingungen in ihrer Wirkungsweise zu explizieren und ihnen aktiv etwas entgegenzusetzen. Auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene steht für sie dabei vor allem das Öffnen falscher Klammern im Vordergrund: Auch die SINUS-Studie kam zu dem Ergebnis, dass Menschen aus der gleichen Schicht mehr verbindet als Menschen aus der gleichen ‚Herkunftskultur‘ untereinander.

Im Bezug auf die spezifische Situation von Menschen mit Migrationshintergrund betonte sie die dringende Notwendigkeit der Neuausrichtung der Migrationspolitik an sich auf Grundlage der Menschenrechte. Daraus ergibt sich für Sevim Dagdelen zwangsläufig neben einem generellen Recht auf Migration auch das Recht auf einen gesicherten und unabhängigen Aufenthalt, Freiheit und Freizügigkeit (statt Beschränkungen und Residenzpflicht), einen freien Arbeitsmarktzugang und gleiche Rechte als ArbeitnehmerIn.

Die abschließende Diskussion richtete sich zwar an alle drei ReferentInnen gleichermaßen; auf Grund der unterschiedlichen Hintergründe und Ansätze gestaltete es sich jedoch als schwierig, eine mögliche gemeinsame Zielformulierung zu entwickeln. So wurde die Frage, wie der ‚Nützlichkeitsdiskurs‘ eigentlich aufgebrochen werden könne, von den drei ReferentInnen – je ihrem Zugang folgend – völlig unterschiedlich beantwortet:

Merfin Demir setzte auf die persönliche Ebene: Die Möglichkeit Vorurteile und rassistische Argumentationen aufzubrechen, sieht er vor allem in konkreten Gesprächen und Kontakten, wobei diese durchaus im internationalen Rahmen stattfinden müssen, um die Chance für ein soziales Europe nicht zu vertun.

Sevim Dagdelen verwies darauf, dass gerade in Krisenzeiten Verteilungs- und Konkurrenzkämpfe extrem zugespitzt seien, und es einer politischen Intervention benötige, die wirkliche Differenz, nämlich jener zwischen ‚oben und unten‘ zu vermitteln um rassistischen Instrumentalisierungen dauerhaft vorzubeugen. Dafür sei aber auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Kultur-Imperialismus in der Linken und migrantischen Communities nötig.

Kien Nghi Ha betonte hingegen, dass es vor allem das nationale Denken an sich sei, was überwunden werden müsse. Hoffnung sieht er dafür vor allem bei MigrantInnen, denen eine transnationale Perspektive schon durch die eigene Lebenserfahrung leichter falle. Diese müsse sich aber vor allem auch auf der politischen Ebene durchsetzen.

Daraus entspann sich eine intensive Diskussion um die Frage, ob die Abschaffung des Nationalen Denkens und ihrem konstituierenden Moment, den Nationalstaaten, wirklich der Weg zu einer anderen Migrationspolitik und zur Aufhebung struktureller Diskriminierungen sein kann. Die Sorge, gerade die Öffnung in die Europäische Union verursache durch die rechtliche Anpassung innerhalb der Bundesrepublik Verschlechterungen und die Relevanz von Nationalstaaten als Schutzräume, die Sevim Dagdelen formulierte, wurde von Kien Nghi Ha nicht geteilt. Er hielt entgegen, dass die Abschaffung von Grenzen nie mehr Probleme schaffe als deren Setzung und dass die Geschichte der Nationalstaaten, die ja nicht natürlich, sondern historisch geworden seien, genau in ihren ausgrenzenden Momenten analysiert werden müsse. Das zu Grunde liegende Problem wurde von anderen TeilnehmerInnen dann treffend als die Kontroverse um den Balanceakt zwischen realpolitische Lösungen und (radikal)- politische Utopien zusammengefasst. Dieser Widerspruch konnte und kann nicht ohne weiteres aufgelöst werden und markierte symbolisch als Schlusspunkt einen wichtigen Punkt der Diskussionen einer gesellschaftskritischen Linken.

Als Fazit bleibt, neben wichtigen Beiträgen und spannenden Diskussionen, dass gerade von TeilnehmerInnen die nicht aus dem Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung kamen, die gesamte Veranstaltung sehr positiv bewertet wurde, weil diesmal einer der ‚Nebenwidersprüche‘ in den Fokus der Diskussion gerückt worden war. Diese erste überregionale Veranstaltung des Gesprächskreises Migration, die bewusst nicht in Berlin stattgefunden hatte, kann somit mit seinen engagierten TeilnehmerInnen und hervorragenden ReferentInnen als Erfolg gewertet werden, an den hoffentlich angeknüpft wird.

Johanna Peitsch

Diplom Psychologin und Promotionsstipendiatin der RLS